

#NO NPOG

NEIN ZUM NIEDERSÄCHSISCHEN POLIZEIGESETZ!



PRESEMITTEILUNG

Gründung des Bündnisses #noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz!

In Niedersachsen hat sich ein Bündnis gegen das geplante neue niedersächsische Polizeigesetz gegründet. Gemeinsam mit den großen Protestdemonstrationen in Bayern und Nordrhein-Westfalen stellen sich auch hier in Niedersachsen viele Menschen gegen die Verschärfungen des Polizeigesetzes.

Der Entwurf der Landesregierung sieht einen massiven Abbau an Grund- und Freiheitsrechten der Bevölkerung vor. Dagegen wehren wir uns. Dem Bündnis haben sich bereits etliche Vereine, Parteiorganisationen, Gewerkschaften sowie Gruppen und Einzelpersonen angeschlossen. Eine aktuelle Unterstützer*innenliste finden Sie weiter unten.

Das Bündnis plant eine Informations- und Mobilisierungskampagne gegen das Gesetzesvorhaben mit dem Höhepunkt einer landesweiten **Großdemonstration am 8.9.2018 in Hannover**. Im Vorfeld werden in vielen niedersächsischen Städten am 18.8.2018 dezentrale Aktionstage und weitere Informationsveranstaltungen stattfinden.

Dafür hat das Bündnis bereits eine Website eingerichtet, auf der alle Informationen verfügbar sind: www.nonpog.de / www.niedersachsentrojaner.de

Das Bündnis hat für die weitere Arbeit einen Koordinierungskreis gebildet. Dieser ist auch für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses zuständig. Die Kontaktinformationen der Sprecher*innen finden Sie ebenfalls weiter unten.

Den Aufruf und das Selbstverständnis des Bündnisses finden Sie im Anhang. Dort finden Sie zudem die wichtigsten Kritikpunkte des Bündnisses am geplanten Gesetz.



PRESSEKONTAKT DES BÜNDNIS

Juana Zimmermann
Bündnis #noNPOG
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Tel.: 0170 146 9371
Mail: presse@nonpog.de
www.nonpog.de

AUFRUF

#noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz (NPOG)

Die Landesregierung aus CDU und SPD sieht im aktuellen Gesetzentwurf massive Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse und einen Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte vor. Aber auch in anderen Bundesländern sehen wir ähnliche Verschärfungen, die den Staat mehr und mehr zu einem Überwachungsstaat ausbauen. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entschieden entgegen. Den Gesetzentwurf "NPOG" der niedersächsischen Landesregierung lehnen wir mit aller Deutlichkeit ab und fordern dessen Zurücknahme. Anders als bisher soll die Polizei in Zukunft schon dann Menschen überwachen, verfolgen und gefangen nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen. Das ist eine ganz grundsätzliche Änderung der Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft, ein so genannter Paradigmenwechsel. Die Verwischung der Grenzen zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit stellt die Gewaltenteilung infrage.

Folgende Neuregelungen lehnen wir ab:

Polizeiliche Sanktionen und Überwachungsmaßnahmen gegen konkrete Personen bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung einer terroristischen Straftat

- Meldeauflagen ohne Richter*innenvorbehalt (§ 16 a)
- Aufenthaltsvorgaben u. Kontaktverbote ohne Richter*innenvorbehalt (§ 17 b)
- Elektronische Fußfessel ohne Richter*innenvorbehalt (§ 17 c)
- Durchsetzungs- und Präventivgewahrsam bis zu 74 Tage (§ 18 I Nr. 3)
- Videoüberwachung im Gewahrsam (§ 20 IV S. 4)
- Polizeiliche Quellen-Telekommunikationsüberwachung (§ 33 a)
- Polizeiliche Online-Überwachung mittels Trojaner (§ 33 d I)
- Verdeckte Personen-Observation (§ 34 I)
- Verdeckte Bild- und Sprachaufzeichnungen sowie Aufenthaltsermittlungen außerhalb von sowie in und aus Wohnungen (§§ 35, 35 a i. V. m. § 34 I)
- Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittler*innen (§§ 36, 36 a)

Verschärfte Strafverfolgung von Versammlungsteilnehmenden

- Einordnung des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs gem. § 125 a StGB als Straftat von erheblicher Bedeutung gem. § 2 Nr. 14 b, um Demonstrierende durch technische Mittel, Observationen und V-Leute präventiv überwachen zu können (§§ 34 I, 36)
- Vermummung auf Versammlungen (Demonstrationen) als Straftat (Art. 2)

Überwachung des öffentlichen Raums bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sowie Zugriff auf Daten Dritter

- Bild- und Tonaufzeichnungen von Personen bei öffentlichen Veranstaltungen (§ 32 I)
- Bildübertragung aus öffentlich zugänglichen Räumen (§ 32 III)
- Bild- und Tonaufnahmen mittels polizeilicher Bodycams (§ 32 IV)
- Videoüberwachung zur Geschwindigkeitskontrolle (Section Control) (§ 32 VIII)
- Einsichtnahme in und Herausgabe von Bild- und Tonaufzeichnungen öffentlich zugänglicher Räume (§ 32 a)

Zusätzliche Mittel zur Ausübung des unmittelbaren Zwanges

- Elektroimpulsgeräte (Elektroschocker, Taser) noch vor Schlagstockeinsatz (§ 69 IV)

SELBSTVERSTÄNDNIS

Das Bündnis "#noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz!" fordert den niedersächsischen Landtag auf, die geplanten Änderungen am Polizeigesetz nicht zu beschließen und weiteren Ausweitungen der Befugnisse der Sicherheitsbehörden eine Absage zu erteilen. Darüber hinaus fordern wir die niedersächsische Gesellschaft auf, sich aktiv dem neuen Niedersächsischen Polizeigesetz, anderen autoritären Tendenzen und Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten in den Weg zu stellen!

Dem Bündnis gehören diejenigen Organisationen an, die dies schriftlich per Formular oder per E-Mail erklären. Organisationen und Einzelpersonen mit rassistischen, sexistischen, antisemitischen, nationalistischen oder homophoben Zielen werden nicht aufgenommen. In strittigen Fällen entscheidet das Plenum. Termine werden allen per E-Mail bekanntgegeben.

Im Plenum werden alle wichtigen Aktionen beschlossen und vorbereitet. Vom Plenum wird ein Koordinations-/Sprecher.innen-Team, bestehend aus mindestens fünf Mitgliedern ernannt, welches quotiert besetzt werden soll (mind. 50% Frauen*, Inter-, und Transmensen).

Das Koordinationsteam des Bündnisses kann eigenständig öffentliche Erklärungen zum Thema auf der Grundlage des gemeinsam beschlossenen Aufrufs und der Grundsätze abgeben und in dringenden Angelegenheiten Entscheidungen treffen.

Aktionen und Veranstaltungen im Namen des Bündnisses sind vorab mit dem Koordinationsteam abzustimmen.

Alle Bündnispartner*innen und Einzelpersonen beteiligen sich nach Möglichkeit an den anfallenden Kosten. Bei jedem Plenum berichtet das Koordinations-/Sprecher*innen-Team über seine Aktivitäten sowie die Finanzlage.

Wir sind Menschen aus verschiedenen Gruppen aus Zivilgesellschaft und außerparlamentarischem Aktivismus; wir sind Einzelpersonen aus Verbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien. Auch wenn wir in einzelnen Positionen unserer alltäglichen Praxis nicht übereinstimmen, so kommen wir doch zusammen, um gegen das neue Polizeigesetz zu protestieren, weil es uns alle betrifft – im Alltag, auf der Straße, in Schule, Uni, Stadien, auf Demos und im Betrieb.

Nein zum neuen Niedersächsischen Polizeigesetz!

BÜNDNISPARTNER.INNEN

Das Bündnis wird von den nachfolgenden Organisationen und Einzelpersonen unterstützt:

- Afrin Plattform, Hannover
 - Antifa Infamous Hannover
 - Antifaschistische Gruppe Hannover
 - Antirepressionsgruppe Lüneburg
 - AStA der Universität Osnabrück
 - attac Göttingen
 - attac Braunschweig
 - ATIF Hannover

 - Basisdemokratische Linke, Göttingen
 - Basisgruppe Jura, Göttingen
 - BIBS Bürgerinitiativen Braunschweig
 - Blau-Gelbe Hilfe e.V., Braunschweig
 - Bündnis 90/DIE GRÜNEN Göttingen

 - ContrAtom

 - Damm, Timo
 - Demokratie in Bewegung, Landesverband Niedersachsen
 - Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Hannover
 - DIDF-Jugend Hannover
 - Digitalcourage e.V., Ortsgruppe Braunschweig

 - Fanhilfe Hannover
 - Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Hannover
 - freiheitsfoo

 - Rolf Gössner, Bremen
 - GRÜNE JUGEND Niedersachsen, Hannover
 - GRÜNE JUGEND Braunschweig
 - GRÜNE JUGEND Göttingen
 - GRÜNE JUGEND Hildesheim

 - Internationalistisches Bündnis, Regionalgruppe Braunschweig-Wolfsburg
 - Interventionistische Linke Hannover

 - Jusos Niedersachsen
 - Jusos Braunschweig
 - Jusos Göttingen

 - Libertäre Kommunist*innen, Osnabrück
 - DIE LINKE, Landesverband Niedersachsen
 - Linksjugend [solid], Hildesheim
 - Linksjugend [solid], Göttingen
 - Löffler, Jennifer
- MLPD Landesverband Nord
 - MLPD Hannover

 - NAV-DEM Hannover e.V.
 - Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote

 - Piratenpartei Landesverband Niedersachsen
 - Piratenpartei Göttingen
 - Piratenpartei Regionsverband Hannover
 - Piratenpartei Lehrte
 - Piratenpartei KV Nienburg-Schaumburg
 - ProFans Hannover Osnabrück

 - Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe Hannover
 - Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe Göttingen

 - Die Linke.SDS Hannover
 - Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

 - Universum Filmtheater, Braunschweig

 - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN-BdA Niedersachsen e.V.
 - ver.di-Jugend Niedersachsen-Bremen
 - ver.di-Jugend Süd-Ost-Niedersachsen
 - ver.di-Landeserwerbslosenausschuss Niedersachsen/Bremen
 - Initiative Versammlungsfreiheit für Niedersachsen
 - Violet Crew

 - YDG Hannover

SPRECHER.INNEN DER BÜNDNISPARTNER.INNEN

Antifa Infamous

Kira Zimmermann
infamousonesix@riseup.net

BIBS (Bürgerinitiative Braunschweig)

Ines Richlick
+49 531 38080040 / +49 152 54037956
ines.richlick@online.de

attac

Hanni Gramann
Mitglied im Koordinierungskreis von Attac D
+49 5722 27645 / +49 176 30608762
hanni.gramann@attac.de

Demokratie in Bewegung

Carina Reinisch
Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen
+49 179 1250604
carina.reinisch@bewegung.jetzt

DigitalCourage Ortsgruppe Braunschweig

Uli Fouquet
ulif@nonpog.de

freiheitsfoo

Michael Ebeling
+49 1577 39 19 170
micha@freiheitsfoo.de

Grüne Jugend Niedersachsen

Timon Dzienus
Sprecher der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen
+49 1768 44 93 44 8
Timon.Dzienus@gj-nds.de

Paula Rahaus

Sprecherin der GRÜNEN JUGEND
Niedersachsen
+49 157 30 15 39 32
Paula.Rahaus@gj-nds.de

initiative „versammlungsfreiheit für niedersachsen“

Michael Ebeling
+49 1577 39 19 170
micha@freiheitsfoo.de

Jusos Niedersachsen

Jakob Blankenburg
Landesvorsitzender
+49 170 2627802
jakob.blankenburg@jusos-niedersachsen.de

MLPD Nord

Kurt Kleffel
+49 178 6385201
mlpd-hannover-hameln@mlpd.de

Piratenpartei Niedersachsen

Thomas Ganskow
2. Vorsitzender des Landesverbandes der Piraten-
partei Niedersachsen
+49 179-5565131
thomas.ganskow@piratenhannover.de

ver.di jugend Nds/HB

Fabian Blumberg
BezJV Gf. Hannover-Heide-Weser
+49 176 61240915
fab.blumberg@googlemail.com